№ 1339. Sonnabend, den 7. Juni. (Abend-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Die nächste Nummer dieser Zeitung erscheint Morgen Mittag.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 7. Juni 5 Uhr Morgens.

Berlin, 6. Juni, Nachts.*) Nach Schluß der Adreßdebatte ist der Gegenentwurf v. Vinckes mit großer Majorität verworfen, das Amendement Reichensperger ebenfalls, wofür nur die Katholiken stimmten.

Das Amendement Bresgen (welches Gemeinde- und Kreisordnung verlangt, sowie Ermäßigung der bestehenden Steuerlast) wird durch Verbindung des linken Centrums mit der Linken angenommen. Das Amendement v. Sybels in Bezug auf die kurhessische Frage wird bei namentlicher Abstimmung mit 253 gegen 55 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Katholiken, Twesten, Waldeck, v. Kirchmann. Die Polen enthalten sich der Abstimmung.

Schließlich wird bei namentlicher Abstimmung der Adreßentwurf der Commission zusammen mit den angenommenen Amendements angenommen. Es stimmen 219 Stimmen dafür, 101 gegen. Dagegen sind die Fraction v. Vincke, die Katholiken, die Feudalen, die Polen und Waldeck und Genossen.

Der Präsident Grabow erklärte, daß die Adresse wahrscheinlich morgen (Sonnabend) Nachmittag von Sr. Majestät dem Könige entgegengenommen werde.

*) Dem größten Theile unserer Leser bereits heute Vormittag durch ein Extra-Blatt mitgetheilt.

Angekommen 11½ Uhr Vormittags.

Paris, 7. Juni. Der heutige „Moniteur" enthält die Notification der Blokade der mexikanischen Häfen Tampico und Alvadaro.

Turin, 6. Juni. In der heutigen Sitzung des Parlaments erklärte Ratazzi, daß die Regierung niemals unzeitige Hoffnungen in Bezug auf die Lösung der römischen Frage gebilligt habe. „Wir wollen moralische Mittel anwenden, sagte der Minister, um unsern unerschütterlichen Willen klar zu legen, unsere Hauptstadt in Besitz zu nehmen und Europa von unserm Rechte zu überzeugen. Die Regierung allein wird die Rüstungen anordnen und hat keine Summen zu solchem Zwecke an Garibaldi bewilligt; sie hat derlei Expeditionen stets ihre Zustimmung versagt." Die Kammer weist eine weitere Untersuchung zurück und nimmt mit 189 gegen 33 Stimmen folgende Tagesordnung an: Nach den Erklärungen des Ministeriums über die letzten Begebenheiten billigt das Parlament dessen Verfahren und erwartet mit Vertrauen, daß die Regierung stets die Autorität der Gesetze und des Parlaments aufrecht erhalten wird.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Belgrad, 6. Juni. Ein wachhabender türkischer Offizier hatte einen serbischen Polizeimann thätlich angegriffen; Letzterer feuerte seine Pistolen ab und traf einen vorübergehenden Türkentataren. Ein deshalb entstandener Auflauf wurde beruhigt und die unterbrochene Communication wieder hergestellt; die türkische Wachmannschaft hält jedoch mit gefälltem Bajonett Wache. Der Polizeimann ist verhaftet und eine Untersuchung angeordnet.

Brüssel, 6. Juni. Nach der „Indépendance" wird Herr von Lavalette Antonelli das nächste Frühjahr als das Ende der Occupation in Rom bezeichnen. Frankreich werde kein weiteres Arrangement vorschlagen und nur nach Turin die Anerbietungen Roms übertragen.

Adreßdebatte.

10. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. Juni.

Präs. Grabow. Am Ministertische die Herrn v. d. Heydt, v. Mühler, v. Holzbrinck, später v. Roon, v. Jagow.

Der Präs. theilt mit, daß in verwichener Nacht der Abg. Krause (Braunsberg) gestorben sei.

Der Finanzminister überreicht den bereits in voriger Session eingebrachten Gesetzentwurf über einige Abänderungen der Gemeinheitstheilungs-Ordnung. Der nächste Gegenstand der Tages-Ordnung ist die neue Geschäftsordnung, die in der Redaction der Comm. im Ganzen angenommen wird.

Es beginnt die Spezialdiscussion über die Adresse. Der Präsident regelt unter Zustimmung des Hauses die Discussion in der Weise, daß die einzelnen Amendements, darunter, auch der Entwurf des Abgeordneten v. Vincke, den betreffenden Absätzen der Commission gegenüber gestellt oder an der betreffenden Stelle, wo sie eingeschaltet werden, debattirt werden sollen.

Zunächst kommen die beiden ersten Alineas zur Berathung. Der Vincke'sche Gegenentwurf unterscheidet sich von dem Adreßentwurf der Commission wesentlich durch die Verwahrung, daß keine „Partei im Lande bestrebt sei, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt, welcher nach Geschichte und Verfassung Preußens bei der Krone beruht, von dieser in die Volksvertretung zu verlegen;" ferner wird beklagt, daß die Minister solchen Anschuldigungen Worte gegeben und die „Unterstellung daran gereiht haben, als ob der allbewährte preuß. Beamtenstand des Sr. Majestät geleisteten Eides jemals uneingedenk sein könnte." Die beiden ersten Alineas des Adreßentwurfes der Commission sind dagegen wesentlich Ausdrücke der Loyalität, und die Wahlfragen sind darin noch nicht berührt.

Abg. v. Vincke. Indem er in seinem Entwurf bei Berührung der Wahlerlasse sich genau an den Wortlaut derselben gehalten, habe er geglaubt, im Interesse auch der Fortschrittspartei zu handeln und die gegen sie geschleuderten Angriffe zurückzuweisen. Namentlich sei eine Abwehr gegen den Vorwurf darin enthalten, als ob eine Partei im Lande bestrebt sei, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt in das Abgeordnetenhaus zu verlegen. Der Abg. Virchow habe freilich gestern in gewissermaßen mechanisch-naturwissenschaftlicher Weise auseinandergesetzt, wie eine solche Verlegung durch Ereignisse herbeigeführt werden könne. Es komme aber hier nicht auf den Gang künftiger Ereignisse an, sondern auf die Absicht und das Streben der Parteien. Wenn die Partei also wirklich diese Absicht nicht habe, so müßten die Intentionen der Wahlerlasse in der von ihm vorgeschlagenen Weise abgelehnt werden. Der Vorwurf, der der Majorität des aufgelösten Hauses gemacht sei, beziehe sich nicht auf die Geschichte, und die Wahlerlasse hätten nicht prophetisch in die Zukunft hinübergegriffen. Er habe also geglaubt, im Interesse dieser Majorität sein Amendement zu stellen, und sei überrascht, dafür Angriffe zu erfahren. Der Redner berührt den Vorwurf, der ihm vom Abg. Schulze (Berlin) wegen seiner Erklärung gegen den Hagenschen Antrag gemacht ist. Er könne noch immer nicht die Berechtigung des Hagen'schen Antrages anerkennen. Man sage immer, der Antrag habe nur ein durch die Verfassung verbrieftes Recht wahren sollen, man verwechsle dabei aber die beiden Theile des Antrags. Der erste Theil, der die nothwendige Specialisirung der Etats verlangt, wahre allerdings ein verfassungsmäßiges Recht; der zweite Theil aber, der eine Veranlagung der Etats auf Grundlage der Rechnungen von 1859 verlange, enthalte doch gewiß nicht eine solche Wahrung des verfassungsmäßigen Rechts. Nicht zwanzig Mitglieder, die für den Hagen'schen Antrag gestimmt, hätten sich vorher die Rechnungen von 1859 angesehen. (Oho! von der linken Seite.) Der Antragsteller möge dies wohl gethan haben, aber auch dieser habe übersehen, daß der Etat z. B. der Eisenbahnen jetzt ganz anders constituirt sei, als es 1859 der Fall war. Man hätte der Regierung in dieser Sache die Initiative überlassen müssen.

Wenn man nun dahin gestrebt habe, die vermißte Einheit im Ministerium herzustellen, so sei es doch sehr unklug gewesen, grade denjenigen Minister durch den sofortigen Beschluß zu verletzen, der als der allerliberalste gelten konnte und die andern, die man zu entfernen gewünscht, in Ruhe zu lassen. Nichtsdestoweniger halte er die Auflösung nicht für gerechtfertigt und halte sie auch nicht von den Votanten des Hagenschen Antrages für beabsichtigt; er glaube sogar, daß ihnen zunächst die Auflösung sehr unbequem gewesen sei. Eine Kritik die Auflösung und des Ministerwechsels halte er für einen Eingriff in die Prärogative der Krone, da beide, gleichzeitig, welche Gründe obgewaltet, verfassungsmäßige Maßregeln gewesen seien. Der Abg. Schulze (Berlin) habe gemeint, das vorige Abgeordnetenhaus sei nicht wegen des Hagen'schen Antrages, sondern wegen noch zu erwartender Beschlüsse aufgelöst; es sei möglich, daß man nach dem Grundsatz „principiis obsta" oder ex ungue leonem gehandelt. Es wäre gewiß weiser gewesen, diese anderen Beschlüsse abzuwarten. Der Hagen'sche Antrag sei jedenfalls kein Eingriff in die Prärogative der Krone gewesen. Deshalb sei auch der Tadel des Ministeriums in seine Adresse aufgenommen. Der Abg. Schulze habe ferner ihm und seinen politischen Freunden den Vorwurf gemacht, daß sie das liberale Ministerium verwöhnt hätten durch allzugroße Nachgiebigkeit, nun habe es ihm gleichsam eine Lection ertheilt, wie eine Partei das aus ihr hervorgegangene Ministerium stützen müsse. Er habe ihnen damit nichts Neues gesagt. Sie hatten das liberale Ministerium, — freilich nicht öffentlich — oft genug gewarnt und ihnen alles vorhergesagt. Freilich zum Sturze desselben hätten sie doch nicht die Hand bieten können, da doch nur ein reactionaires als Nachfolgerin hätte prognosticirt werden können, wie das ja auch geschehen. Die liberale Partei sei auch nicht durch die Militairvorlagen zerbröckelt, sondern bei Gelegenheit des Stavenhagenschen Amendements und in Folge seines persönlichen Streites mit dem Abgeordneten Waldeck. Der Redner schließt zuletzt mit dem Wunsche, um den gegen das vorige Abgeordnetenhaus geschleuderten Vorwurf abzulehnen, zur Vereinfachung der Sache sein Amendement unzunehmen.

Abg. v. Kirchmann: Er wende sich namentlich gegen die Stelle: „keiner Verdächtigung darf es gelingen ꝛc." Eigentlich bedeutet dieser Passus, es gäbe im Lande keine Partei, welche bestrebt sei, den Scheinconstitutionalismus zu erschüttern. Nicht in der Theilung der Gewalten liege das Wesen des constitutionellen Systems, sondern darin, daß zur rechten Zeit das Uebergewicht, welches nach geschichtlicher Entwickelung der Verhältnisse bald dem einen, bald dem andern Factor zufalle, wirklich zur Geltung komme und anerkannt werde. So müßten die Krisen gelöst werden, die aus einer Disharmonie der verschiedenen Staatsgewalten hervorgingen. Man komme immer auf die Frage: wer soll nachgeben? Die jetzige Regierung habe das Verdienst, die Frage der Lösung des Conflictes richtig formulirt zu haben. Leider sei weder in der Presse, noch in Wahlversammlungen eine eigentliche Antwort auf diese Frage ertheilt worden. Auch in der letzten Aeußerung des Herrn Finanzministers sei die rechte Beantwortung umgangen worden, diese habe mehr in dem Wahlerlasse des Ministeriums selbst gelegen. Jene Antwort ist dahin ausgefallen, daß bei einem Conflicte die Landesvertretung der Regierung nachzugeben habe. Darin sei das Wesen des Scheinconstitutionalismus verhüllt, wovon ein Musterstück bei der Militärfrage in Preußen 1860 und 1861 gespielt habe.

Die Geschichte weise öfters eine Verrückung des Schwerpunktes der Regierung nach: Ein Stein bei der innern Reform, ein General York bei seiner berühmten Convention, die Landstände bei der Errichtung der Landwehr hatten in ihrer Zeit den Schwerpunkt der Regierung in Händen. Bei gewissen großen Fragen liege die Entscheidung beim Volke und die Regierung müsse nachgeben, wenn sich herausstelle, wie dies jetzt geschehen durch die zweimalige Wahl, daß das Volk in einer bestimmten, großen Frage eine politische Richtung festhalte. An der Spitze der Regierung müßten Männer stehen, die mit der Majorität des Landes gingen, und zwar nicht wider ihren Willen, sondern mit eigener, freier Ueberzeugung. Bei uns sei das noch nicht der Fall gewesen; die Majorität des Landes, die seit 12 Jahren bei uns den Ausbau der Verfassung wolle, sei dieselbe geblieben, aber ihren Wünschen habe man dennoch nicht entsprochen. Das jetzige Scheinleben werde wohl noch einige Zeit fortdauern; zum Schluß werde die Verfassung doch zu einer vollen Wahrheit werden. Damit werde auch der Zustand der Schwäche schwinden, in welchem wir uns dem Auslande gegenüber befinden. Der fruchtlose Kampf gegen die volle Einführung des constitutionellen Lebens müsse sobald als möglich aufgegeben werden. (Bravo.)

Abg. Fubel spricht für das Vincke'sche Amendement und wendet sich schließlich gegen die Minister. Mit den Conzessionen der Minister sei es, wie mit einem Schulmeister, der dem Kinde in der einen Hand die Ruthe zeige, mit der andern einen Bonbon schenke. Das sei nicht die rechte Art. Es sei zu bezweifeln, daß der Minister, wie er sich bis jetzt gezeigt, die Begeisterung finden werde, die zur Ausführung großer Thaten nöthig sei. (Bravo rechts.)

Abg. Waldeck. Er sei ein Feind aller Phrasen, doch halte er es für nothwendig, daß man sich über die parlamentarische und constitutionelle Geschichte klar werde. Es sei ein so in das Volk eingedrungenes Bewußtsein, was die Constitution sei, daß er annehmen müsse, Gründe, wie die von den Ministern und Gegnern gehörten, sollten nur zur Verwirrung dienen. Im Jahre 1815 schon sei dem Volke eine Repräsentation versprochen worden und diese sollte nach dem Gesetze bei der Gesetzgebung und in der Besteuerung maßgebend sein. Keiner Sophistik werde es gelingen, die wichtigen constitutionellen Grundsätze aus der Ueberzeugung hinwegzuwischen; der Absolutismus sei nicht mehr möglich. Nicht eher als im Jahre 1848 sei etwas aus jenem Versprechen geworden, und auf dem erreichten Landtage sei es Niemand eingefallen, daß es möglich sei, von den constitutionellen Grundsätzen abzuweichen. Die National-Versammlung habe mit der größten Hingebung die Verfassung von diesem Standpunkte aus bearbeitet. Was sei jedoch aus der Macht der Volksvertretung im Laufe der Jahre bis 1858 geworden? Er erinnere an den massenhaften Zuwachs der Anleihen, an die Verfassungseinbrüche. Mit einem solchen Systeme ging es nicht weiter.

Die Anforderungen an das neue Ministerium von 1858 seien bescheiden genug gewesen, nur auf Erfüllung der Verheißungen der Verfassungsurkunde gerichtet. In diesen Verheißungen liegen die Antecedentien der Männer von 1848, auf die hier so verschiedener Bezug genommen, alle neueren Verdächtigungen weise er mit Verachtung zurück. Preußen sei demokratisch, das könne man nicht mehr mit Lächeln zurückweisen (Bravo!), darin sei seine Partei durchaus einig, auch diejenigen, welche vielleicht wegen der Abänderung des Wahlgesetzes noch abweichender Ansicht seien. Wie man über letzteres auch denke, das Eine stehe fest: Wenn mit einem solchen Wahlgesetze solche Wahlen jetzt möglich waren, so müsse etwas sehr Faules im Staate gewesen sein (Bravo). — Der Streit um den Schwerpunkt sei ein müßiger, die Regierung müsse mit der Volksvertretung gehen; eine Verwaltung ohne bewilligtes Budget sei unmöglich, von wiederholten Auflösungen sei kein Erfolg, kein Ende abzusehen. Jeder Factor der Gesetzgebung möge von seinem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machen, dies Haus von seinem Steuerbewilligungsrechte, das sei unerschütterlich constitutionelle Grundlage und gegen sie hätten die Minister mit ihren Wahlerlassen gefehlt. Er bedaure, seinen Chef, den Herrn Justizminister hier nicht zu sehen, da er von dem Wahlerlasse desselben reden wolle, der auch an das Obertribunal gelangt sei. In diesem höchsten Gerichtshofe wären die verschiedensten politischen Ansichten vertreten, in ihm (Redner), der „nicht verkappte Demokrat"; glaube man deshalb, daß dieser Gerichtshof nicht unparteiische Justiz üben könne? (Bravo!) Er (Redner) würde vielmehr die Richter für höchst gefährlich halten, die jedem Ministerium consentiren (Bravo). Sache der Volksvertretung sei es, solche Unzuträglichkeiten ins Auge zu fassen. Wir wollen Gebrauch machen von unseren vollen Rechten und glauben, daß es Sr. Majestät sehr wohl möglich sein möchte, mit diesem Hause zu regieren: wolle man das aber nicht, sinne man auf Anderes, nun so laste auf ihm (Redner) und seiner Partei keine Verantwortung dafür. (Lebhaftes Bravo.)

Finanz-Minister v. d. Heydt: Der Vorredner habe ge-

fragt: wie denn eigentlich die Minister zu regieren gedächten. Die Regierung habe sich schon gestern darüber ausgesprochen, daß sie getreu der Verfassung und eingedenk der huldvollen Intentionen des Königs, die in dem Programme niedergelegt seien, welches dem vorigen Ministerium zur Richtschnur gedient, und dem sich auch das gegenwärtige Ministerium angeschlossen, zum Wohle das Landes mit der Landesvertretung zusammen zu regieren gesonnen sei. Er bitte Gerechtigkeit zu üben und die Minister nach ihren Handlungen zu beurtheilen; die Regierung werde es am Entgegenkommen ihrerseits nicht fehlen lassen. Es sei wieder viel von den Wahlerlassen geredet. Die Regierung habe ausdrücklich in denselben gesagt, daß Niemandem das gesetzmäßige Wahlrecht verkümmert werden sollte; aber wenn alle Parteien bei den Wahlen für sich handelten, so könne man von dem Ministerium nicht verlangen, daß es seine Hände in den Schooß lege. Auch gegen die Aeußerung des Abgeordneten v. Vincke, der die Regierung reactionair genannt, müsse er sich verwahren. Die Regierung sei nicht reactionair, sie stehe genau auf dem Programme des vorigen Ministeriums. Im Interesse des Ministeriums könne er nur wünschen, daß man dasselbe nach seinen Handlungen beurtheile.

Abg. Karsten bestreitet die Behauptung des Abg. von Kirchmann, daß in den ersten beiden Sätzen des Vincke'schen Entwurfs der Scheinconstitutionalismus ausgesprochen sei. Wenn der Abg. Waldeck gesagt, daß Preußen ohne allen Zweifel ein demokratischer Staat sei, so sei er doch auch ohne allen Zweifel ein Königlicher Staat. (Bravo von der Vincke'schen Partei.)

Abg. v. Forckenbeck: Wenn man sich, wie der Vinckesche Entwurf, nur an die Worte des Wahlerlasses halten wolle, so wäre eine Adresse nicht gerechtfertigt. Zwischen jenem Erlaß aber und den Urwahlen hätte man von Seiten der Regierung auf jede Weise agitirt und durch Machinationen aller Art zu wirken gesucht. An Material zum Nachweis dafür fehle es nicht, vom Landrath herab bis zum Bürgermeister und Schulzen, und den Klagen darüber habe man in der Adresse durch die Worte des Twestenschen Entwurfs beisteuern wollen. Durch die Adresse wolle man nicht nur dem Hause, sondern auch den Wählern und dem Lande gerecht werden. — Redner widerlegte dann einen Theil der Vinckeschen Mittheilungen über die Vorgänge in seiner Partei. 1858 habe er gehofft, die damalige Opposition jener Herren werde Erfolge haben, namentlich als Mitglieder der Partei Minister geworden. Das sei nicht in Erfüllung gegangen. Die Trennung der Partei sei nicht verursacht durch das Stavenhagensche Amendement, sondern dieses sei eine der letzten Veranlassungen gewesen. (Bravo links.)

Abg. Reichensperger (Köln): Ihm und seiner Partei sei oft noch viel schlimmer aufgespielt worden, als der Fortschrittspartei, die epitheta ornantia könne er nicht alle aufzählen. Aber Proteste gegen solche Angriffe einzulegen, sei seiner Partei nicht eingefallen, am wenigsten in einer Loyalitäts-Adresse. Und wünschen wir uns heute schwarzweiß, so würden wir morgen von der Fortschrittspartei wieder schwarzgelb angestrichen (Heiterkeit). Es handle sich einfach darum, ob die gouvernementale Initiative bei dem Hause oder bei dem Könige sei; also ob der König nur herrschen oder auch regieren solle. Er nehme jene Initiative für den Fürsten in Anspruch (Widerspruch links). Ob monarchique republicain oder constitutionnell — das sei auch schon früher in Frankreich die Frage gewesen. Die Frage sei auch in einzelnen Fällen entschieden worden, indem in Frankreich ein Ministerpräsident erklärt habe, daß er sich stets nach dem Ausfall der Wahlen richten werde. Unser Ministerium werde das sicherlich nicht thun. Eine Regierung, die ihre Principien erst nach dem Ausfall der Wahlen richten wolle, müsse er als eine anarchische bezeichnen. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abgeordn. v. Vincke (persönlich). Der Abgeordnete Waldeck hat mich unter den ersten Führern der constitutionellen Partei auf dem vereinigten Landtag mit dem Finanzminister v. d. Heydt zusammengestellt. Ich meinerseits muß diese Zusammenstellung für alle Zeit ablehnen. Diese Bemerkung widerspricht auch den Vorwürfen, die mir heute der Finanzminister gemacht hat, weil ich das Ministerium reactionair genannt, und gestern der Kriegsminister, weil ich es für „liberaler geworden" erklärt. Die Einigkeit der beiden Herren ist vielleicht durch den bekannten Brief gestört worden. (Große Heiterkeit.) Finanzminister v. d. Heydt constatirt die Einigkeit des Ministeriums; es bestehe kein Widerspruch zwischen den Erklärungen des Kriegsministers und den seinigen. Der Kriegsminister habe nur gesagt: sie seien jetzt eben so liberal, wie unter dem vorigen Ministerium. (Anhaltende Heiterkeit.)

Abg. v. Hoverbeck: Der Abgeordnete v. Vincke habe sich auf sein Zeugniß über seine Thätigkeit in der Militaircommission von 1860 berufen; er bezeuge das entschieden glänzende Auftreten gegen die Minister; im Plenum habe sich das dagegen milder gestaltet und das Votum des Herrn v. Vincke endlich, die Bewilligung nämlich des Provisoriums, sei ganz und gar ein nachgebendes gewesen. Herr v. Vincke habe ihn durch seine Autorität zu demselben Votum bewogen, was er jetzt sehr bereue, und nur durch die spätere Verweigerung des außerordentlichen Militair-Budgets im Jahre 1861 gut gemacht zu haben glaube, die ihm von Herrn v. Vincke den Namen eines Nihilisten zugezogen. Fernere persönliche Bemerkungen werden noch von den Abgeordneten v. Hennig, v. Hoverbeck, v. Vincke, Schulze (Berlin) gemacht, welcher Letztere gegen Reichensperger (Geldern) bemerkt, daß das Königreich Italien zur französischen Bundesgenossenschaft grade durch die preußische Politik genöthigt worden sei.

Der Berichterstatter Abg. Twesten acceptirt eine Aeußerung Reichenspergers, daß die preußische Demokratie eine harmlose sei, dann sei sie gewiß eine berechtigte und gesetzliche, vollkommen auf der Verfassung stehende. — Der Schwerpunkt des Hagenschen Antrages sei nur gewesen, die Geltendmachung eines Rechtes in concreto, welches in abstracto von niemand bestritten sei. Ohne Abstimmung vorzunehmen, wird die Discussion fortgesetzt und zwar über Punkt 3 der Commission und Punkt 2 der Vinckeschen Adresse (Wahlerlasse). Der Präsident bittet im Interesse der schleunigen Beendung der Berathung die Redner, sich in ihren Reden so kurz als möglich zu fassen. (Beifall).

Abg. v. Gottberg: Den Wahlerlassen sei eine viel zu große Wichtigkeit beigelegt; das Ministerium habe sich nur die oppositionelle Agitation seiner Beamten verbeten, und das sei das wenigste, was es verlangen könnte, auch von den Richtern. Wäre das letztere nicht der Fall, so würden die Richter ein vollständiges Privilegium zur Opposition im Staate haben.

Der Vice-Präsident Behrend übernimmt den Vorsitz.

Abg. Kosch (auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich): Was die Wahlerlasse anlangt, so habe er dem Hrn. Minister des Innern schon in der Commission gesagt, daß das Ungeschick der Unterbeamten weit über die Grenze hinausgegangen sei, aber ein Staatsmann hätte wissen müssen, daß eine Parole, so ausgetheilt, sehr leicht überschritten werden könne. Der Minister habe sich auf den Grafen Schwerin berufen, darauf sei zu erwidern, daß wenn zwei dasselbe thun, es doch nicht dasselbe sei. Der Minister Graf Schwerin habe das volle Vertrauen im Lande besessen, man habe gewußt, was er mit seinem Erlasse gewollt.

Die gegenwärtigen Wahlerlasse hätten die Reaction im vollen Umfange reactiviren wollen. Der Redner geht zum Beweise dessen des Einzelnen auf die Erlasse ein, welche im Königsberger Bezirke cursirt haben, er leitet dies mit einigen Worten des Bedauerns darüber ein, daß der Herr Minister des Innern sich so eben aus dem Saale entfernt habe. Eine Remedur sei selbst in den ärgsten Fällen nicht eingetreten, die Berichtigungen des Ministers seien nicht veröffentlicht worden, der Regierungs-Präsident habe vielmehr in mündlichen Vorträgen Ansichten entwickelt, die über alles Maß hinausgingen. („Die Wahlen demoralisiren das Volk, deshalb sei er durchaus gegen ein Regierungs-System mit Wahlen"; „der ganze Liberalismus sei eine Epidemie"; „er spreche so, nicht nur weil es ihm so aufgetragen, sondern weil es zugleich seine innerste Ueberzeugung sei"; „er habe von dem Chef gemessenste Weisung, ernst zu rügen" und ähnliche Stellen der betreffenden Rede des Herrn v. Kotze werden unter lebhaftem Hört! Hört! verlesen). Hoffentlich werde diese Veröffentlichung dazu beitragen, einer Provinz Abhilfe zu schaffen, die sich besser um das Vaterland verdient gemacht habe, als daß man in solcher Weise auf ihre Bevölkerung einwirken sollte.

Cultusminister v. Mühler: Es ist von dem Abgeordneten für Königsberg der Erlaß der Regierung zu Königsberg vorgelesen worden; ich kann in Bezug auf denselben nur auf die Erklärung des Ministers des Innern in der Commission mich berufen, daß er nämlich, sobald ihm derselbe bekannt geworden, die geeignete Reprobation hat eintreten lassen. In Bezug auf die Worte des Kriegsministers vom gestrigen Tage enthalte ich mich jeder Interpretation, da der stenographische Bericht vorliegt, und berichtige dieselben nur dahin, daß der Herr v. Kamptz nicht Regierungspräsident, sondern nur Oberregierungsrath ist und der Kriegsminister demselben keine Standeserhöhung hat zu Theil werden lassen wollen. Was ferner die Mittheilungen aus Zeitungsblättern über die Reden des Regierungs-Präsidenten von Kotze betrifft, so würde der Minister des Innern im Falle einer Beschwerde gewiß Gelegenheit genommen haben, auch diese zu reprobiren. Eine solche Beschwerde ist aber nicht an das Ministerium gelangt und es war mißlich eine Remedur blos auf die Berichte öffentlicher Blätter hin eintreten zu lassen. Der Geschäftsgang des Hauses ist ja auch wohl so, daß die Beschwerden über einzelne Regierungsbeamte erst den Instanzenzug durchgehen müssen, ehe das Haus darüber befindet. (Nicht richtig! von der einen Seite; von der andern: Ja, wohl!)

Was endlich den vorgelesenen Erlaß an die Urwähler in der Provinz Preußen betrifft, so habe ich nicht gehört, daß derselbe von einer Behörde ausgegangen ist. (Dr. Kosch: Von der Regierung zu Königsberg). Ich vermuthete, er rühre von Privatpersonen her, wenn es anders ist, wird auch hier das Weitere vorbehalten werden.

Abg. Parrisius glaubt, daß die Entgegnung des Ministers auf einem Mißverständnisse beruhe, nur bei Petitionen sei der Instanzenzug inne zu halten.

Abg. v. Vincke nimmt den Minister in Schutz, da dergleichen auf geschäftsordnungsmäßigem Wege nicht eingebracht werden könne.

Abg. Zimmermann beantragt Vertagung der Debatte, da die Herren Minister nicht anwesend seien. (Inzwischen treten die Herren v. d. Heydt, v. Roon, v. Jagow wieder ein und der Abg. Zimmermann zieht Angesichts dieses guten Erfolges seiner „Androhung" den Antrag zurück.

Zu Al. 4 (Unterstellung u. s. w.) nimmt Abg. v. Forckenbeck das Wort, um den Wahlerlaß des Herrn v. Schmeling, der bei Landwehr-Controlversammlungen häufig verlesen worden sei, zur Sprache zu bringen. Er halte das für einen Verstoß gegen die Verfassungsbestimmung, daß die bewaffnete Macht nicht berathschlagen dürfe und frage den Herrn Kriegsminister, ob er davon wisse und was er dagegen gethan. Er regt ferner die Vorfälle in Mühlhausen an, über welche die Sternzeitung eine actenmäßig als falsch nachzuweisende Darstellung gegeben. Keiner der 50 Verhafteten gehöre der Fortschrittspartei an. Endlich constatire er aus seinem eigenen Wahlkreise, daß man dort die Fortschrittspartei amtlich, und zwar durch Ausrufen unter Trommelschlag als diejenige bezeichnet habe, welche anstatt des Königs herrschen wolle und dabei die Namen der bisherigen Abgeordneten genannt habe. Soviel wolle er zur Characterisirung der amtlichen Agitation mittheilen. (Beifall.)

Kriegsminister v. Roon: Er müsse bemerken, daß es eine eigenthümliche Sache für eine Behörde sei, wenn sie solche Beschwerden durch öffentliche Blätter erfahre, einzuschreiten, ohne daß irgend Jemand eine Beschwerde erhoben habe. Er glaube, daß man der Central-Behörde nicht zumuthen könne, auf vage Beschuldigungen öffentlicher Blätter, wie sie jetzt so häufig vorkommen, einzugehen. In dem vorliegenden Falle habe er es jedoch für angemessen erachtet, darauf einzugehen, obgleich es ihm lediglich durch die öffentlichen Blätter bekannt geworden sei. Unterm 9. Mai habe er eine Verfügung an sämmtliche General-Commandos erlassen. In derselben, welche der Minister verliest, wird erklärt, daß das Kriegs-Ministerium nichts dagegen habe, wenn die Vorgesetzten ihre Untergebenen gewissermaßen belehren, daß aber während der Control-Versammlungen die Wehrmänner zur bewaffneten Macht gehörten und deshalb während dieser Versammlungen nichts anderes, als was zum Dienste gehöre, mit ihnen verhandelt werden dürfe; das werde genügen. (Heiterkeit).

Abg. Dr. Frese: Er könne zwar nicht mit einer Regierung aufwarten wie die Königsberger, dafür aber mit einem Landrath, wie es vielleicht keinen zweiten gebe. Hr. v. d. Horst habe den „Hundsfott" des Hrn. v. Schmeling nach Westphalen importirt, in einer amtlichen Versammlung der Gemeindeverordneten in Rahden, und es sei nur zweifelhaft geblieben, ob der ausgespielte Trumpf gegen die beiden Vertreter des Kreises oder gegen die liberalen Abgeordneten überhaupt gegangen sei. Ferner seien Flugblätter der Partei mit amtlichem Siegel im Kreise verbreitet, von Gendarmen vertheilt, den Amtsblättern beigelegt. In dem Dorfe Hüllhorst habe der Landrath in einer Versammlung von Vorstehern und Gemeindeverordneten eine Schmährede gegen die Liberalen mit der Aufforderung zu Thätlichkeiten gegen liberale Agitatoren beendet — er, der erste Verwaltungsbeamte habe seine Kreiseingesessenen zu Excessen aufgefordert. (Hört, hört!)

Jetzt gehe die conservative Agitation in jener Gegend fort; man wisse schon aus den Zeitungen von den dortigen Adressen und Deputationen an den König; in Rahden seien Leute amtlich vorgeladen, um eine Adresse, die gegen alles Wählen sich ausspreche, zu unterschreiben; aus dem Mindenschen sei eine Deputation hier beim König gewesen, zu der ein Mann gehöre, der — wenn nicht die positivsten Nachrichten irrten — schon mehrmals wegen Fälschung bestraft sei (Hört, hört!). Und ein solcher Mensch solle Zeugniß geben über die wahre Stimmung jener Gegend! (Lebhafter Beifall.) Von einem solchen Menschen ließen die Behörden die Nähe der geheiligten Person Sr. Majestät besudeln! (Ausrufe der Entrüstung.) — Das lege er nicht dem Minister selbst zur Last, aber solche Zeichen characterisirten das jetzige System.

Minister des Innern v. Jagow: Der Vorredner habe die Möglichkeit hingestellt, daß er (der Minister) von den mitgetheilten Vorgängen nichts wisse und dies könne er vollkommen bestätigen. Alles sei ihm neu. Der Redner habe gefragt, ob in Bezug auf das Verfahren des Landraths v. d. Horst eine Remedur stattgefunden habe. Das sei nicht der Fall, weil diese Thatsachen heute zum ersten Male zu seiner (des Ministers) Kenntniß gekommen seien. Er glaube, daß es wohl geeignet gewesen wäre, diese Angelegenheiten früher zur Sprache zu bringen. Abg. v. Forckenbeck habe heute wieder auf einen Artikel der Sternzeitung über die Vorfälle zu Mühlhausen hingedeutet und ausgesprochen, als habe die Regierung den Excessen gegenüber eine Verdächtigung der demokratischen Partei aussprechen wollen. Das sei nicht richtig. Die Zeitung habe einen Artikel über die Ereignisse gebracht, wie die andern Zeitungen und soviel er sich erinnere, sei darin von einer solchen Verdächtigung nicht die Rede; es sei nur gesagt, daß die Streitigkeiten von einer Provokation in einem Wirthshause Seitens einer Person ausgegangen seien, die zur Fortschrittspartei gehöre. Das habe mit den Excessen nichts zu thun.

Abg. Osterrath: Er könne dem Abgeordneten Frese nicht widersprechen, bitte aber den Spruch: audiatur et altera pars nicht zu vergessen und jedenfalls kein Urtheil zu fällen, ehe man nicht den Angegriffenen gehört. Abg. Dr. Frese (als persönliche Bemerkung): Heute sei die erste Gelegenheit gewesen, die Sache im Hause zu erwähnen, gegen Osterrath bemerke er, daß er Zeugen nennen könne, die selbst einem Criminalgerichte genügen würden. —

Zu den Sätzen 5 des Commissions-Entwurfs, 3 und 4 des Vinckeschen Entwurfs, ist kein Redner gemeldet, was mit lebhaftem Beifalle begrüßt wird. Bei Satz 5 des Vincke'schen Antrages (Handelsverträge) nimmt Abg. v. Vincke das Wort. Er empfiehlt die Erwähnung der Handelsverträge, für welche er dem Ministerium, auch in Bezug auf seine Haltung in dieser Frage gegen Oesterreich, Dank wisse; er erkenne darin einen erfreulichen Fortschritt, sowohl in der auswärtigen Politik als in der Wendung zum Freihandel.

Finanzminister v. d. Heydt. Die Regierung kann der Erwähnung des Handelsvertrags in dem Vinckeschen Entwurf nur zustimmen. Die Besorgnisse von mancher Seite seien erklärlich; er könne aber nach reiflicher Erwägung schließlich versichern, daß der Vertrag, so wie er sei, dem Handel und der Industrie den größten Nutzen bringen werde. Gerade für das weitere Vaterland, Zollverein, werde die Anerkennung des Hauses entscheidend sein.

Abg. Reichenheim: Der Handelsvertrag entspreche den Wünschen der Industrie insofern, als er anerkenne, daß die Regierung nicht mehr das System des Schutzzolls aufrecht halten wolle. Die Agitation gegen den Vertrag gehe von bekannten Seiten aus, auch in diesem Hause. Dieser Vertrag emancipire uns von Oesterreich, das uns durch den Dresdner Vertrag von 1853 auch materiell ins Schlepptau genommen hatte.

Der Justizminister erklärt auf eine Bemerkung des Abg. Coupienne, daß die Handelskammern allerdings nicht vor Abschluß des Vertrages gefragt worden; er sei aber bereit, mitzutheilen, weshalb es nicht geschehen, und übernehme die Verantwortung dafür.

Man geht zur Berathung des 6. Satzes des Vincke'schen Entwurfs, die deutsche Frage betreffend.

Abg. v. Sybel. Durch sein Amendement in der hessischen Frage werde auch die Stellung des Hauses in der deutschen Frage scharf bezeichnet; deshalb sei er auch gegen eine Berührung der deutschen Frage. Er würde auch früher gegen alle Resolutionen in der deutschen Frage gestimmt haben, weil dieselbe immer nur eine Bundesreform mit Volksvertretung fordere, aber diese nicht zu Stande bringen könnte, weil dazu das Vertrauen auf die Freisinnigkeit und die Energie der preußischen Politik gehöre, das in den deutschen Stämmen jetzt eben nicht vorhanden sei. So lange die preußische Regierung nicht an einer großen Frage gezeigt habe, daß sie trotz aller Inconvenienzen und Bedenklichkeiten sich zu einer frischen That ermannen könne, so lange sei es besser, von der deutschen Frage nicht zu reden.

Abg. v. Vincke für seinen Entwurf. Man werde sich jeder auswärtigen Frage gegenüber in der Lage befinden, nicht alle Verhältnisse zu kennen. Auch in England sei dies der Fall, und auch dort fasse dessen ungeachtet das Parlament in der auswärtigen Politik Beschlüsse über die von ihm gewünschte Politik. Der Abg. Schulze (Berlin), der auch Ausschußmitglied des Nationalvereins sei, habe gemeint, daß das deutsche Volk von diesem Ministerium in dieser Frage nichts erwarte. Die deutsche Frage sei aber gleichsam ein Fideicommiß, das von einem Hause dem anderen überliefert werden müsse, um bei jeder feierlichen Gelegenheit als der Wunsch des preußischen Volkes an die Stufen des Thrones gebracht zu werden; dabei sei es gleichgiltig, ob ein liberales Ministerium am Ruder sei. Sei keine Energie vorhanden, so müsse man um so mehr an dieselbe mahnen. Der Abg. Schulze habe kein Vertrauen zur Regierung in der deutschen Frage, warum aber denn in der hessischen Frage? Der Abg. habe gesagt, das Amendement Sybel sei einmal gestellt, und deshalb müsse er dafür stimmen; aber das deutsche Amendement sei auch gestellt und er bitte daher um dieselbe Protection. Die Stockung der Flottensammlungen komme auf Rechnung der deutschen Gemüthlichkeit. Herr v. Roon sei ja heute noch derselbe, dem man die Flottengelder gegeben! — Die Volksvertretung müsse ihr Votum in dieser Frage abgeben und die Verantwortung für die Ausführung der Regierung überlassen. (Bravo von der Vinckeschen Partei).

Abg. Virchow. Es sei ein wesentlicher Unterschied zwi-

schen der deutschen und der kurhessischen Frage. Ueber diese Frage habe das Haus sich nach einer langen Discussion ausgesprochen, über die deutsche Frage nicht. Das Haus könne sich in einer so wichtigen Frage nicht in der letzten Stunde der Adreßdebatte beschäftigen. Den Antrag selbst begrüße er mit Freuden.

Regierungscommissar d. auswärt. Minist. **Hepke.** Aeußere Umstände, die nicht mit der deutschen Frage im Zusammenhange ständen, hätten verhindert, daß eine Erörterung dieser wichtigen Frage im Hause stattgefunden habe. Den Standpunkt der Regierung, wie er ihn im Winter schon in der Comm. ausgesprochen, halte er auch jetzt noch im Wesentlichen fest. Er verlese deshalb folgende Erklärung: „Der Standpunkt, auf welchem die Königl. Regierung in der Frage der Bundesreform steht, hat sich, wie auch schon die Thronrede besagte, nicht verändert; die Regierung hält als Ziel ein Zusammenfassen der Kräfte Deutschlands für solche Einrichtungen fest, welche zur Geltendmachung seiner politischen Schwertraft nach außen wirksam sind".

Abg. v. **Sänger** hält es für durchaus geboten, die deutsche Frage zu erwähnen, denn sie sei reif, reifer als die kurhessische, die jetzt in das Stadium einer specifisch preuß. Frage getreten sei. Deshalb sei es nothwendig zu erklären, daß diese (hessische) Frage nur im ganzen deutschen Interesse gelöst werden solle. Keine Annexionspolitik, aber Förderung der preuß. Politik durch Lösung der hessischen Frage. Man möge den wichtigen Moment nicht versäumen. Sei die Regierung, wie sie wolle, sie müsse gezwungen werden, sie aufzunehmen.

Abg. **Schulze** (Delitzsch): Die hessische Frage liege doch anders als die deutsche. In der hessischen sei das Ministerium schon in der Action, die deutsche Frage aber habe es noch nicht angefaßt, es möge also von ihr fern bleiben. Bei der Einsendung der Flotten-Beiträge habe man auf den Gesammt-Character des damaligen Ministeriums, nicht auf die Person des Kriegsministers Rücksicht genommen, auf den es hierbei gar nicht ankomme. Erst müsse man von dem jetzigen Ministerium Beweise haben, daß man ihm vertrauen könne, ehe man den Antrag, wie an das vorige Ministerium stelle, die deutsche Fahne in die Hand zu nehmen. — In einer Adreßdebatte könne man diese Frage nicht zum Austrag bringen. — Diese Frage müsse mit frischen Kräften behandelt werden, bei andern Gelegenheiten, gewiß aber nicht in dem jetzigen Stadium der Ermüdung.

Abg. v. **Vincke** (Stargard) wendet sich gegen mehrere vorhergefallene Bemerkungen, unter andern gegen die des Abg. Schulze, der durch seine kräftigen Worte den Beweis gegeben habe, daß er wenigstens noch nicht ermüdet sei, und man dürfe doch Andere nicht schlechter beurtheilen als sich selbst. (Heiterkeit.)

Zur Berathung des Passus 7 und des v. Sybel'schen Amendements (hessische Frage) ergreift v. **Sybel** das Wort und empfiehlt sein Amendement besonders deshalb, weil die preußische Regierung die Competenz des Bundestages in der hessischen Sache nach den letzten Ausschußberichten beim Bundestage leider anerkannt habe. Man müsse die kurhessische Sache thätig in die Hand nehmen; eine Mitwirkung des Bundestages zur erwünschten Lösung der kurhessischen Frage werde in Kurhessen mit Heiterkeit begrüßt werden; Phrasen über die deutsche Frage könne man sich sparen; der einzige Weg zur Lösung der deutschen Frage sei jetzt die kräftige in Angriffnahme der hessischen.

(Um 6 Uhr Abends wegen Ermüdung der Stenographen ½stündige Vertagung der Debatte. Vor 9 Uhr Abends ist die Sitzung jedenfalls nicht beendigt. Den Schluß der Verhandlung [den wir bereits telegraphisch berichtet] ausführlicher in dem morgen erscheinenden Blatte.)

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr 15 Min. Nachmittags.

Frankfurt a. M., 7. Juni. In unterrichteten Kreisen circulirt folgende der Verfassungspartei günstigste kurhessische Ministerliste: Loßberg Aeußeres, Criminaldirector Kersting Justiz, Regierungsrath Wiegand Inneres, Oberfinanzrath Zuschlag (Kammerpräsident bis 1859) Finanzen, Oberst Baumbach Kriegsminister.

Deutschland.

* **Berlin**, 6. Juni. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurden die Commissions-Anträge auf Anerkennung der Continuität der Session, wie telegraphisch gemeldet, angenommen. (Bericht über die Sitzung wegen Mangel an Raum morgen.)

— Die von der „D. A. Z." gebrachte Nachricht, daß Prinz Felix zu Hohenlohe-Oehringen sich in Baden erschossen, ist unbegründet.

— Der Abgeordnete **Krause** aus Ostpreußen (Braunsberg) kam gestern Abend in einer Droschke vor seine Wohnung gefahren, konnte aber nur mit Hülfe des Kutschers aussteigen und von Hausbewohnern unterstützt sein Zimmer erreichen. Auf einen Stuhl niedergelassen, fiel er plötzlich zu Boden. Sofort wurde nach einem Arzte ausgeschickt und Herr Krause inzwischen auf das Bett gelegt. Als der Dr. Ring nach wenigen Augenblicken erschien, schritt er sogleich zu einem Aderlaß, allein es floß kein Blut mehr und auch die übrigen Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

— Die „Independance Belge" meldet an der Spitze ihrer Pariser Correspondenzen vom 3. Mai: „Man theilte heute als offiziell vollbrachte Thatsache die Anerkennung des Königreiches Italien durch Preußen mit."

Danzig, den 7. Juni.

* Seit gestern weilt der frühere Oberarzt des hiesigen Lazareths, Herr Professor Dr. **Baum** aus Göttingen, in unserer Stadt, um die Operation eines sogenannten Blutschwammes an einem hiesigen befreundeten Geistlichen zu vollziehen.

— Der Oberbürgermeister von **Bromberg**, Hr. v. **Foller**, hat bei dem Festmahl, welches am 31. v. Mts. die dortige Loge zur Feier der Enthüllung des Friedrichs-Denkmals gab, nach der „Ostdeutschen Ztg." folgende Worte an den anwesenden **Kronprinzen** gerichtet: „Wenn wir Bromberger eigentlich auch in allen Ständen fast ausschließlich zur Fortschrittspartei gehören, und nach den letzten Ereignissen eine Disharmonie zwischen der Krone und dem Volke zu drohen schien, so sind wir doch gewiß ebenso loyale Staatsbürger, als es nur irgend welche geben kann. Es liegt in den Zeitverhältnissen, in der Natur der Sache, daß wir, wie alle verständigen einsichtsvollen Männer, auf der großen Bahn Vorwärts unverrückt weiter streben, dennoch halten wir, wie das gesammte Preußenvolk, treu zu unserem Fürstenhause — das zeigt Ihnen der Jubel der Bevölkerung beim Anblick des Denkmals unseres großen Königs, das zeigt Ihnen die Freude des Volkes über die Ankunft unseres preußischen Thronerben. Und diese unsere Gesinnung bitten wir Sie, Ihrem hohen Vater offen darzulegen!"

Königsberg, 6. Juni. (Tel.) Die gegen den hiesigen Handwerker-Verein schwebende Untersuchung wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes gewinnt von Tage zu Tage an Umfang, da von der Staatsanwaltschaft nicht weniger als 30 Punkte aufgestellt sind, aus welchen hervorgehen soll, daß der Verein politischer Natur sei und mit anderen Vereinen in Verbindung stehe.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 7. Juni 1862. Aufgegeben 2 Uhr 50 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 35 Min.

	Letzt. Crs.			Letzt. Crs
Roggen flau,			Preuß. Rentenbr. 99	99
loco	50¼	51	3½ % Westpr. Pfdbr. 88½	88¾
Mai-Juni ...	50	50⅜	4 % do. do. 98¼	—
Septbr.-Octbr. .	47¾	48½	Danziger Privatbk. —	10[illegible]¼
Spiritus Mai Juni	18	18¼	Ostpr. Pfandbriefe 88¾	88¾
Rüböl Mai-Juni .	13¼	13¼	Franzosen 136	136
Staatsschuldscheine	89⅞	89¾	Nationale 65½	65⅝
4½ % 56r. Anleihe	101½	101½	Poln. Banknoten 87⅛	87¼
5% 59r. Pr.-Anl.	107⅝	107½	Wechselc. London 6. 21⅝	6. 21⅞

Hamburg, 6. Juni. **Getreidemarkt. Weizen** loco flau, ab Auswärts geschäftslos. **Roggen** loco weichend, ab Königsberg Juni 77½ gehalten, 77 geboten. **Oel** loco 28, October 27¼. **Kaffee** ruhig.

Amsterdam, 6. Juni. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen stille. Roggen unverändert, wenig Geschäft. Raps October 75½. Rüböl Herbst 43¾.

London, 6. Juni. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Englischer Weizen wenig Zufuhr, fest gehalten, in fremdem nur Detailgeschäft. Gerste langsam verkauft. Hafer sehr matt, einen halben bis einen Schilling niedriger. Schönes Wetter.

London, 6. Juni. Consols 92. 1 % Spanier 44. Mexikaner 31⅝. Sardinier 81½. 5 % Russen 97. 4½ % Russen 91.

Hamburg 3 Mon. . . . . 13 Mk. 8¼ sh.
Wien . . . . 13 fl. 10 Xr.

London, 6. Juni. Nach dem neuesten Bank-Ausweis beträgt der Noten-Umlauf 20,850,540, der Metallvorrath 15,486,723 £.

Liverpool, 6. Juni. **Baumwolle**: 8000 Ballen Umsatz. Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 72,320 Ballen.

Paris, 6. Juni. 3 % **Rente** 70, 40. 4½ % **Rente** 97, 50. 3 % Spanier 49⅝. 1 % Spanier —. Oesterreich. St.-Eisenbn.-Act. 518. Oester. Credit-Actien —. Credit mob.-Act. 832. Lomb.-Esbn.-Act. 617.

Produktenmärkte.

Danzig, den 6. Juni.

np [**Wochenbericht.**] Witterung anhaltend schön, der Stand Saaten berechtigt zur Annahme gesegneter Erträge. Das Ausland berichtet gleichfalls höchst günstig und obgleich die Weizenpreise bereits einen Stand erreicht, der zur Spekulation animirt, tritt doch die Frage dafür so vereinzelt auf, daß kaum für die nächste Zeit größere Umsätze zu erwarten sind. Gekünstelte Depeschen über den Londoner Markt und Anfragen von Belgien riefen Montag regere Kauflust zu 5 fl. höheren Preisen gegen vergangene Woche hervor, doch mußte dieser Vortheil schon am nächsten Markttage aufgegeben werden.

Der dieswöchentliche Umsatz beläuft sich auf ca. 1100 Lasten zu nachstehenden Preisen: 129,130 ℔ bunt polnisch fl. 620,525, 129 ℔ hellbunt fl. 527½, 130 ℔ desgl. fl. 540 pr. 85 ℔ 132/3 ℔, gutbunt fl. 545,540, 133/4 ℔ hellbunt fl. 550, 545, 133 ℔ hochbunt fl. 560—570.

Roggen fand nur in bester Qualität zu unveränderten Preisen Käufer, abfallende Qualität ganz vernachlässigt. Juni-Juli Connoissement fl. 325,320 bezahlt, heute nicht zu bedingen.

Erbsen und Gerste ganz vernachlässigt.

Spiritus bei kleiner Zufuhr steht im Preise; Rt. 17 pr. 8000 %.

Danzig, den 7. Juni. **Bahnpreise.**

Weizen hellbunt, fein und hochbunt 125/27—128/29—130/31—132 34 ℔ nach Qualität 82½/85—86/87—87½/89—90 95 Sgr.; bunt und dunkel 120 122—123/25 27 ℔ nach Qualität 67½/70—72½/75—77½/80 Sgr.
Roggen im Detail u. in Partien 58/57—56/54 Sgr. pr. 125 ℔.
Erbsen, Futter- und Koch- von 50 52½—54 56 Sgr.
Gerste kleine 103/105—110/11 ℔ von 34/36—38/40 Sgr.
do. große 108/10—112/14 von 37/38—41/42 Sgr.
Hafer von 29 30—32 33 Sgr.
Spiritus 17 Rt. pr. 8000 % Tr.

Getreide-Börse. Flaue Londoner Depesche, schönes Wetter und die bevorstehenden Feiertage vereinigten sich heute den Markt recht lustlos zu machen, es sind ca. 80 Lasten Weizen verkauft, bunt 131 2 ℔ fl. 520, weißer Bugger 131/2 ℔ fl. 550 pr. 85 ℔. Der Werth ist nur kaum unverändert zu nennen. Roggen 124 ℔ poln. geruchfrei fl. 337 pr. 125 ℔.

Elbing, 6. Juni. (N.E.A.) Witterung: drückend heiß. Nachmittags Gewitter und Regen. Wind: umlaufend.

Die Zufuhren von unverkauftem Getreide sind mäßig, die Preise für Roggen, von dem beinahe nichts in geruchfreier Waare eintrifft, haben in den leichten Gattungen etwas nachgegeben. Die Preise der übrigen Getridegattungen sind bei flauer Stimmung unverändert anzunehmen. Spiritus in den letzten Tagen nicht zugeführt, ist begehrt und im Preise fest behauptet.

Bezahlt ist: Weizen hochbunt 125—136 ℔ 77/79—93 Sgr., bunt 124—130 ℔ 76 78—84 86 Sgr., roth 123—130 ℔ 73/75—84 86 Sgr., abfallender 119—129 ℔ 61/63—78/80 Sgr. — Roggen 120/27 ℔ 51½—56 Sgr. — Gerste große 106—115 ℔ 36—42 Sgr., kleine 100—110 ℔ 34—39 Sgr. — Hafer 60/78 ℔ 23—33 Sgr. — Erbsen, weiße Koch- 52—55 Sgr., Futter- 46—51 Sgr. — Spiritus 17 Rt. pr. 8000 % zu bedingen.

Stettin, den 6. Juni. An der Börse. **Weizen** etwas höher bezahlt, loco pr. 85 ℔ gelber Galiz. 70—71 Rt. bez., gelber Schles. 73¼—74 Rt. bez., 85 ℔ do. 76 Rt. bez., eine Ladung weißer Schlesischer pr. Conn. 73½ Rt. bez., weißer Krakauer 74—76 Rt. bez., 83 85 ℔ gelber Juni-Juli 75—74¾, 75 Rt. bez. u. B., Juli-August 75, ½, ¾ Rt. bez. u. B., Septbr.-Octbr. 74 Rt. bez., B. u. G. — **Roggen** anfangs höher, schließt matter, loco pr. 77 ℔ 48—48¾ Rt. bez., geringer 46¾—47¼ Rt. bez., 77 ℔ Juni 48¼, ⅛ Rt. bez., 48 Gd., Juni-Juli 47⅛, ¼, 47, 47⅛ Rt. bez. u. B., 47 G., Juli-August 47, 46⅞ Rt. bez., ¾ Gd., Septbr.-Octbr. 48 Rt. bez. u. Br., Octbr.-Novbr. 47½ Rt. bez. — **Gerste** und **Hafer** ohne Umsatz.

Rüböl fest, loco 13 5/12 Rt. bez. u. B., Juni-Juli 13½ Rt. B., Sept.-Oct. 13⅓ Rt. bez.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 17⅔ Rt. G., Juni-Juli 17¼ Rt. G., Juli-August 17 13/24 Rt. bez., August-Sept. 17¾ Rt. G., Sept. 17⅚ Rt. bez., Sept.-Oct. 17⅚ Rt. B., 17¾ bez. u. G.

Leinöl matter, loco mit Faß 13¾ Rt. Br., Juni 13 7/12, ⅔ Rt. bez., Juni-Juli 13 7/12 Rt. B., Aug.-Septbr. 13 5/12 Rt. Br., Sept.-Oct. 13⅙ Rt. Br.

Südseethran 11½ Rt. bez.

Berlin, 6. Juni. Wind: NW. Barometer: 28². Thermometer: früh 15° +. Witterung: schwül.

Weizen pr. 25 Scheffel loco 65—75 Rt. — **Roggen** pr. 2000 ℔ loco 48¼, 51½ Rt., Mai-Juni 50½, ⅞, ½ Rt. bez. u. G., 50¾ B., Juni-Juli 49½, ¼, ½ Rt. bez. u. G., ¾ B., Juli-August 48⅝, 49, 48½ Rt. bez. u. G., 48¾ B., Septbr.-Octbr. 48⅝, ⅞, ½ Rt. bez., B. u. G., October-November 48, 48¼, 48 Rt. bez. — **Gerste** pr. 25 Scheffel große 33—37 Rt. — **Hafer** loco 24—26 Rt., pr. 1200 ℔ Juni-Juli 24⅝ Rt. bez., do. Juli-August 24⅞ Rt. bez., do. August-Septbr. 25¼ Rt. bez., Septbr.-October 25¼ Rt. bez., October Novbr. 25 Rt. bez.

Rüböl pr. 100 Pfund ohne Faß loco 13 1/12 Rt. bez., Kleinigkeit 13⅛ Rt. bez., Mai-Juni 13¼ Br., ⅙ G., Juni-Juli 13¼ Rt. B., ⅙ G., Juli-August 13⅓ Rt. B., ¼ G., September-October 13⅓, 5/12, ⅓ Rt. bez. u. G., 5/12 B., October-November 13⅜ Rt. bez., B. u. G., November-Dezember 13⅓ Rt. bez. u. G., 5/12 B.

Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß, Kleinigkeiten schwachproc. Waare 18¼ Rt. im Laufe nächster Woche zu liefern 18⅝ Rt., do. Mai-Juni u. Juni-Juli 18⅛, ⅜, ¼ Rt. bez. u. B., ⅙ G., do. Juli-Aug. 18 7/24, ½, ⅜ Rt. bez., 5/12 B., ⅓ G., Aug.-Septbr. 18 11/24, ¾, ⅔ Rt. bez. u. B., 7/12 G., Septbr.-Octbr. 18 11/24, ¾, ⅔ Rt. bez. u. B., 7/12 G., Oct.-Nov. 18 Rt. bez.

Mehl. Wir notiren für Weizenmehl Nr. 0. 4⅚—5 1/12, 0. u. 1. 4½—4⅚ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 3⅚—4⅛, 0 u. 1. 3½—3⅚ Rt.

Wollbericht.

Breslau, 5. Juni, Abends. (Osts. Z.) Der Markt nahm einen rapiden Verlauf und ist vollständig beendet. Alles ist verkauft. Hauptnehmer waren Engländer, Hamburger und Franzosen. Schlußpreise mehrere Thaler besser.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 5. Juni. Wind: Nord-Nord-West.

Angekommen: C. Boje, Benedicte Knuth, Kiel, Ballast. — H. S. Priegnitz, Otto, Newcastle, Kohlen. — H. H. de Boer, Jantina Petronella, Hardersleben, Ballast. — D. Jacobsen, Patriot, Christiania, Ballast.

Gesegelt: C. Kiewill, Marie Catharine, Amsterdam, Getreide. — R. Nielsen, Vincentius, Hull, Getreide. — A. Weber, Gustav Adolph, Hartlepool, Holz. — H. Glim, Gerharda Hendrika, Copenhagen, Getreide. — F. Hansen, Christine Mathilde, Aberdeen, Getreide. — F. Faber, Johanna Wilhelmine, Amsterdam, Getreide. — J. Brown, Conqueror, Sunderland, Holz. — W. Todd, Hawthorn, London, Getreide. — M. B. Riches, Swanland S. D., Hull, Getreide u. Güter.

Den 7. Juni. Wind: Süd zu West.

C. Berg, Hermine, Stettin, Getreide. — C. Vorbrodt, Hermine, Rostock, Getreide. — A. Labudda, Anna Emilie, Wismar, Getreide. — H. J. Mudder, Ebenezer, Bremen, Holz. — J. Crooks, John Brown, Hull, Holz. — S. C. Foyen, Enigheden, Gent, Holz. — J. Wlicho, Providence, London, Holz. — M. Elfström, Familien, Dänemark, Holz. — H. Wendt, Nestor, Devonport, Holz. — S. Wood, Emily, Bristol, Getreide. — H. Wendt, Nestor, Devonport, Holz.

Angekommen: P. Hartmann, Karens Minde, Fehmern, Ballast. — F. Lischke, Wilhelmine, Maasholm, Ballast. — H. Schütt, Mary, Kiel, Ballast. — J. Milne, Balindolloch, New-Castle, Kohlen. — C. Zifeldt, Lauritzine, Kiel, Ballast. — P. Olsen, Dania, Nyborg, Ballast. — P. Petersen, Lucina, Nykjöbing, Ballast. — D. G. Gelbes, Jacoba Catharina, Kopenhagen, leer. — F. Clausen, Diana, Lübeck, Ballast. — H. H. Pehrsson, Jacob Unger, Copenhagen, Ballast. — J. Soulsby, La Plata (S.-D.), Goole, Ballast.

Ankommend: 3 Schooner, 1 Kuff.

Fondsbörse.

Berlin, 6. Juni.

	B	G		B	G
Berlin-Anh. E.-A.	142¼	141¼	Staatsanl. 56	101½	101½
Berlin-Hamburg	—	117½	do. 53	100¼	99½
Berlin-Potsd.-Magd.	194	193	Staatsschuldscheine	—	89½
Berlin-Stettin Pr.-O.	—	—	Staats-Pr.-Anl. 1855	122½	121½
do. II. Ser.	95½	95	Ostpreuss. Pfandbr.	89	—
do. III. Ser.	95	94½	Pommersche 3½% do.	91⅛	91⅛
Oberschl. Litt. A. u. C	153¼	152¼	Posensche do. 4%	—	104¼
do. Litt. B.	132¼	—	do. do. neue	—	98½
Oesterr.-Frz.-Stb.	136¼	35¼	Westpr. do. 3½%	—	88⅛
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	—	86¼	do. 4%	—	—
do. 6. Anl.	—	96⅛	Pomm. Rentenbr.	99⅛	99⅛
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	—	82¼	Posensche do.	99	98⅛
Cert. Litt. A. 300 fl.	—	94¼	Preuss. do.	99¼	98¾
do. Litt. B. 200 fl.	—	—	Pr. Bank-Anth.-S.	122½	121½
Pfdr. i. S.-R.	87¼	—	Danziger Privatbank	101¼	—
Part.-Obl. 500 fl.	94	—	Königsberger do.	—	98½
Freiw. Anleihe	102	101½	Posener do.	96½	—
5 % Staatsanl. v. 59	107¼	107¼	Disc.-Comm.-Anth.	96	95
St.-Anl. 4/5/7	101¼	101¼	Ausl. Goldm. à 5 Rt.	110	109½

Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	143¼	143	Paris 2 Mon.	80¼	80 1/12
do. do. 2 Mon.	142½	142¼	Wien öst. Währ. 8 T.	78⅝	78⅛
Hamburg kurz	151¼	151½	Petersburg 3 W.	96⅝	96⅛
do. do. 2 Mon.	150¼	150¾	Warschau 90 SR. 8 T.	87¼	87
London 3 Mon.	6. 22	6. 21¾	Bremen 100 Rt. G. 8 T.	109⅞	109⅝

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Juni	Stunde	Baromet.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
6	4	335,66	+ 17,0	SW. frisch; bezogen.
7	8	336,42	+ 17,8	do. flau; Horizont bewölkt.
	12	336,05	+ 23,9	do. frisch; leicht bewölkt.

Freireligiöse Gemeinde.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertage Gottesdienst und Abendmahlfeier im Saale des Gewerbehauses, Vormittags 10 Uhr. Predigt: Herr Prediger **Röckner**. Festlieder am Eingange.

Heute Nachmittags 2¾ Uhr wurde meine Frau Emma, geb. Schueßler von einem Töchterchen glücklich entbunden.
Tiegenhof, den 5. Juni 1862.
Der Justiz-Rath
Weiß.
[3965]

In unserem Verlage ist so eben erschienen und bei

Constantin Ziemssen,
Buch- und Musikhandlung,
Langgasse 55,

vorräthig:

Der Allgemeine französische Zolltarif, verglichen mit dem für die Einfuhren des Zollvereins in Frankreich vereinbarten Zolltarife. Gr. 8. Geheftet Preis 12 Sgr.

Ferner ist noch von uns zu beziehen:
Authentischer Abdruck von: Handels-Vertrag mit Frankreich. Nebst Tarifen A. und B. Schifffahrts-Vertrag. Uebereinkunft, betreffend die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen. Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte von literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. Schluß-Protokoll. Deutsch und Französisch. 4to. geheftet. Preis 1 Thlr.
Berlin, 26. Mai 1862. [3977]
Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker).

Kalk-Verkauf.

Capt. Södergrön Schiff **Löparen** ist mit einer Ladung **frischem Schwedischen Kalk** hier angekommen. Bestellungen werden an Bord des Schiffes durch den Capitain und in meinem Comptoir entgegen genommen.

A. Wolfheim,
Comptoir: Karpfenseigen- u. Kalkort-Ecke No. 27. [3978]

NB. Eine Kaule abgelagerter Kalk ist daselbst, sofort abzunehmen, zu verkaufen.

Per Schiff „Barend" und „Catharina" empfing
frischen engl. Portland-Cement,
Marke: Knight, Bevan u. Sturge, London, den ich zu billigsten Preisen offerire.
Herrmann Müller,
[3981] Lastadie 25.

Asphaltirte Dachpappen
zu Fabrikpreisen von Alb. Damcke & Co. in Berlin;
Portland-Cement aus der Pommerschen Portland-Cement-Fabrik zu Stettin;
Engl. Steinkohlentheer bei
Rud. Malzahn,
[3455] Langenmarkt 22.

Uhren-Ausverkauf.

Röpergasse 21, eine Treppe hoch, befinden sich 700 Stck. Uhren, die im Laufe dieser Woche zu den billigsten Preisen ausverkauft werden sollen. Wanduhren mit Messingketten 1 Rt., mit Wecker 1 Rt. 4 Sgr, Rahmuhren 2 Rt. 26 Sgr., Rahmuhren durch Federkraft gehend 3 Rt. 26 Sgr bis 5 Rt. 20 Sgr. Sämmtliche Uhren sind abgezogen und gut gehend mit 2-jähriger Garantie. Alte Uhren werden in Tausch angenommen. **Schuster,** aus dem Schwarzwald.
Eine Partie alte Taschenuhren soll ganz billig abgegeben werden. [3845]

Wein-Verkauf.

Mit Bezug auf meine frühere Annonce in No. 1321 dieser Zeitung erlaube ich mir den betreffenden Reflectanten ergebenst anzuzeigen, dass die mit dem Schiffe Borussia, Capt. Ehlert, von Bordeaux hier eingetroffenen 80 Oxhoft französischer Rothweine Dienstag, den 10. Juli, Nachmittags, am hiesigen Packhofe und zwar in der an der Mottlau gelegenen neu erbauten Remise probirt werden können.

Der Verkauf geschieht ganz nach Convenienz versteuert oder unversteuert. — Weitere Auskunft ertheile ich gerne in meinem Comptoir, Heil. Geistgasse No. 54.

Danzig, den 7. Juni 1862.
[3983] **Wilhelm Kaeseberg.**

Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nach dem Rechnungs-Abschlusse der Bank für 1861 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

75 Procent

der eingezahlten Prämie.
Jeder Banktheilnehmer in hiesiger Agentur empfängt diesen Antheil nebst einem Exemplar des Abschlusses Vormittags von 9 bis 1, und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr vom Unterzeichneten, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungs-Abschluß zu jedes Versicherten Einsicht offen liegen.
Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft beizutreten, giebt der Unterzeichnete bereitwilligst desfallsige Auskunft und vermittelt die Versicherung.
Danzig, den 26. Mai 1862. **C. F. Pannenberg,**
Agent der Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha
[3456] **Comptoir: Neugarten No. 17.**

Capital-Versicherung,

in Folge deren das versicherte Capital nach einer bestimmten Reihe von Jahren unter allen Umständen gezahlt wird, der Versicherer mag noch am Leben sein oder nicht.
Die von den Unterzeichneten vertretene **Allgemeine Renten-, Capital- und Lebensversicherungsbank TEUTONIA in Leipzig** übernimmt die Zahlung von Capitalien auf einen bestimmten Tag gegen einmalige Einzahlung oder gegen terminliche Prämien, welche nur so lange gezahlt zu werden brauchen, als der Versicherer noch lebt. So zahlt sie 100 Thlr. gegen einmalige Einzahlung von

74 Thlr.	12 Sgr.	3 Pf.	nach Ablauf von	10	Jahren
55 "	11 "	— "	" "	20	"
41 "	6 "	— "	" "	30	"
30 "	19 "	7 "	" "	40	"
22 "	24 "	3 "	" "	50	"

oder gegen jährliche vom Leben des Versicherers abhängige Prämien, wenn der Versicherte

20 Jahre alt ist für	2 Thlr.	8 Ngr.	3 Pf.	nach 30	Jahren
30 " " " "	2 "	11 "	2 " "	30	"
40 " " " "	4 "	3 "	2 " "	20	"

Die unterzeichneten Agenten empfehlen sich zur unentgeltlichen Vermittelung von Versicherungen aller Art und zur Auskunftsertheilung.
Danzig, den 31. Mai 1862.
C. L. Mampe, Ketterhag. Gasse 7,
Rudolph Hasse, Breite Gasse 17,
Jacobi, Königl. Oberförster a. D., Heil. Geistgasse 49,
Albert Reimer in Elbing, Wasser-Str. 24,
Fr. Rohler in Pelplin und
der General-Agent der Teutonia
[3776] **F. W. Liebert,** Vorst. Gr. 49 a.

Commissions-Geschäft und Güter-Agentur
Ferd. Berger in Danzig.

Vermittelung für **An- und Verkäufe ländl. u. städt. Güter** — Verpachtungen — Unterbringung von Kapitalien jeder Größe — Insertionsannahme für alle deutschen und ausländischen Zeitungen — **Placirung von Hausofficianten** als: Handlungsgehilfen, Landwirthe 2c., Waaren-Verkäufe u. s. w.
Comptoir: Holzmarkt 14. (Ecke der Schmiedegasse). Briefe franco. [3901]

Ratten, Mäuse, Wanzen nebst Brut, Schwaben, Franzosen, Motten, Ameisen, Flöhe 2c. vertilge mit sichtlichem Erfolge und 2-jähr. Garantie.
Insecten-Pulver, echt caucasisches, in Blüthen und pulverisirt in Schachteln mit meiner Firma versehen à 5, 7½, 10, 15 Sgr., in Flaschen à 1 u. 2 Rt.
Wanzen-Universal-Tinctur; diese Tinctur ist das sicherste Mittel zur gründlichen Vertilgung der Wanzen in Möbeln und Wohnungen und empfehle solche à Fl. nebst Gebrauchs-Anweisung und Garantie 10—15 Sgr. und 1 Rt.
Motten-Extract als ein Universalpräservativ gegen den Motten- und Wurmfraß, à Fl. nebst Gebrauchs-Anweisung und Garantie 10—15 Sgr.
[3787] **Wilh. Dreyling,** Königl. Kammerjäger, **Altes Roß No. 6.**

Etablissements-Eröffnung.

Nachdem der romantisch gelegene Garten des verstorbenen Lotterie-Collecteurs Herrn Meyer,
Alt-Weinberg in Schidlitz,
in meinen Besitz gelangt ist, beehre ich mich denselben dem geehrten Publikum zum Besuch mit dem Bemerken ergebenst zu empfehlen, daß ich im Garten selbst diejenigen, für eine gute Restaurirung erforderlichen Einrichtungen getroffen habe, und letztere nach Bedürfniß zu vervollständigen bestrebt bin. Indem ich die schönen Garten-Anlagen dem Schutze des gebildeten Publikums ergebenst empfehle, zeige ich ergebenst an, daß am ersten Pfingstfeiertage
den 8. Juni c.,
Morgens von 5 bis 8 Uhr und Nachmittags von 4½ Uhr, so wie am 2. Feiertage Nachmittags von 4½ Uhr ab auf der sogenannten Königshöhe meines Gartens ein Concert von der Kapelle des 3. Kgl. Garde-Regiments stattfinden wird, zu dem ergebenst einladet
[3926] **J. M. Schultz.**

Guts-Verkauf.

Ein Gut auf der Höhe, unweit Dirschau, in bester Gegend, 2 Meil. v. d. Bahn u. 2½ Meil. größtentheils Chaussee vom Absatzorte, bestehend aus 312 Morgen preuß. Maß, incl. sehr guten Wiesen, der Acker durchweg guter kleefähiger Boden zu allen Fruchtgattungen geeignet. Gebäude herrschaftl. und in sehr gutem Zustande, Inventar 12 gute Pferde, 8 Kühe, ca. 250 Schafe, ist plötzlich eingetretener Familienverhältnisse für den soliden Preis von 16,000 Rt. bei 5—8000 Rt. Anzahlung zu verkaufen u. sofort zu übernehmen. Näheres hierüber ertheilt
Th. Kleemann in Danzig, Breitgasse 62.

Guts-Verkauf.

Größe 1317 M., davon 1117 M. größtentheils Weizenb. in sehr gut. Cult., ca. 100 Schffl. Weizenauss. 2c., Rest Wiesen, Park 2c., 1000 Schafe 2c., durchweg schön massiv eingeb., bel. an d. Chauss. nach d. Stadt, seit viel. Jahr. im Besitz. Pr. 60 M., ⅓ Anz. Reflect. erth. d. Näh.
[39.6] **Robert Jacobi** in Danzig, Breitg. 64.

Eine ländl. Besitzung, 11 Huf. Pr., 33⅓ Rt. Abg., compl. Saaten, lebend. u. todten Invent. ist für 6600 Rt. b. 2000 Rt. Anz. z. verk. **Bach,** Kohleng. 1.

Wegen Familienverhältnisse ist ein Gut von circa 4½ Hufe culmisch, 1. Klasse Weizen- und Gerstenboden für den Preis von 17,000 Rt. bei 7000 Rt. Anzahlung zu haben. Der Rest von 10,000 Rt. kann bei prompter Zinszahlung fest stehen bleiben. Der nächste Absatzort ist Elbing an der Chaussee gelegen. Aussaaten sind 25 Schffl. Weizen, 40 Schffl Roggen, 30 Schffl. Gerste 2c. Wohn- und Wirthschaftsgebäude im besten baulichen Zustande, todtes und lebendes Inventarium ganz vollständig und complett.
Die geehrten Käufer können das Nähere beim Unterzeichneten erfahren und bitte sich gefälligst baldigst zu melden.
Th. Kleemann, Güter-Agent,
[3733] in Danzig, Breitgasse No. 62.

Käufliche Besitzungen.

1., No. 154. Eine kleine, aber isolirt liegende, in den Grenzen vollständig arrondirte, allerliebst eingebaute Besitzung, ½ M. von der Stadt, 2 M. vom Bahnhofe, von ca. 300 Mrg. pr., mit schönem Wiesenverhältnisse. Aussaat: 61 Schffl. Weizen, 42 Schffl. Roggen, 1½ Schffl. Rübsen, 16 Schffl. Erbsen, 18 Schffl. Gerste, 40 Schffl. Hafer, 25 Schffl. Kartoffeln, 6 Schffl. Wicken. Forderung 22,000 Rt. bei 10,000 Rt. Anzahlung. Wohngebäude massiv, Hypotheken fest.
2., **No. 79 b.,** ½ M. von Stadt, 2 M. vom Bahnhofe, eine Besitzung von 618 Mrg. pr. incl. 107 Mrg. Wiesen. Aussaat 20 Mrg. Rübsen, 75 Schffl. Weizen, 75 Schffl. Roggen, 30 Schffl. Erbsen, 14 Schffl. Wicken, 42 Schffl. Gerste, 160 Schffl. Hafer, 70 Schffl. Kartoffeln mit vollständigem Inventar incl. 300 feiner Schafe, 14 Pferde, 4 Fohlen, 13 Ochsen, 14 Kühe, 14 Jungvieh, guten Gebäuden. Forderung 36,000 Rt. bei 12,000 Rt. Anzahlung.
3., **No. 91 b.,** ½ M. vom Bahnhofe, eins der vorzüglichsten Grundstücke im Werder von 5 Hufen 22 Mrg. kl. mit 12 M. kl. Rübsen, (6. umgepflügt), 28 Mrg kl. Weizen, 23 Mrg. kl. Roggen, 15 Mrg. kl. Gerste, 18 Mrg. kl. Erbsen, 25 Mrg. Wicken; 30 Mrg. kl. Wiesen. 21 Stück Ziehpferde, 10 junge Pferde, 13 Milchkühe, 9 Jungvieh, 20 Schweine 2c. Forderung 35,000 Rt. bei 12,000 Rt. Anzahlung. Das Grundstück ist schuldenfrei und keiner Ueberschwemmung ausgesetzt.
Selbstkäufern auf Anfrage sofort specielle Nachricht, auch ist zu jeder Tageszeit zu sprechen und zur Auskunftsertheilung bereit
A. Bäcker in Danzig,
[3961] Pfefferstadt 37, 1 Treppe.

Heiligengeistgasse 85 ist ein Dutzend neuer dauerhaft gearbeiteter Mahagoni-Rohrstühle zu verk.

Dachpappe in Tafeln à 6½, 7 u. 8½ Pf. p. Q.-F.
„ „ Rollen à 7½, 8 u 9½ Pf. p. „
Engl. Dachfilz in Rollen à 9 Pf. p. „
sowie Steinkohlen-Theer, künstl. und natürl. Asphalt, Asphaltkitt, Papp- u. Rohrnägel, Gyps-Rohr, Eisendrath 2c. empfehle angelegentlichst. **Herrmann Müller,**
[3980] Lastadie No. 25.

Streichhölzer zu Fabrikpreisen empfehlen
Roggatz & Co.,
[3972] Brodbänkengasse 10.

Vortheilhafte Käufe.

No. 129 a., ¼ M. von Chaussee, 1½ M. vom Bahnhofe, 340 M. pr. Weizboden 1. und ¼ davon 2. Klasse mit 68 Schffl. Weizen und 56 Schffl. Roggen-Aussaat, gutem massivem Wohnhause, kräftigem Inventar für 27,000 Rt. bei 1 ,000 Rt. Anzahlung und fester Hypothek.
No. 41 b. in gleicher Lage 700 M. c. Acker Weizenboden 1. Klasse u. von seltener Schönheit mit 60 M. zweischüriger Wiesen, guten Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden mit 60 Morgen Rübsen, 150 Schffl. Weizen, 80 Schffl. Roggen, 74 Schffl. Hafer, 156 Schffl. Erbsen, 64 Schffl. Kartoffeln und 35 M. Rüben-Aussaat; 350 feine Schafe, 22 Pferde, 12 Fohlen, 14 Kühe 2c. Forderung 58,000 Rt. bei 18 bis 20,000 Rt. Anzahlung.
No. 47 b. Adl. Gut 2,800 M. c., mit 160 M. Wiesen, 350 M. Wald. **Aussaat:** 330 Schffl. Weizen, 6 Schffl. Rips, 350 Schffl. Roggen, 150 Schffl. Gerste, 150 Schffl. Hafer, 50 Schffl. Sommerroggen, 90 M. Erbsen. Inventarium: 24 Pferde, 8 Fohlen, 32 Ochsen, 24 Kühe, 30 Jungvieh, 2 Bullen, 1550 feine Schafe. Schöne Wohn- u. Wirthschafts-Gebäude, höchst frequente und angenehme Lage, feste Hypotheken. Forderung 130,000 Rt. bei 40,000 Rt. Anzahlung.
Selbstkäufern ist zu jeder Tageszeit zu sprechen und zur Auskunftertheilung bereit
A. Bäcker in Danzig, Pfefferstadt No. 37,
[396] eine Treppe hoch.

Eine ländl. Besitzung bei Elbing, 49 M. c., 16 Sgr. Abgaben, bestellten Saaten, lebenden u. todten Inventar, ist für 3000 Rt. bei 800 Rt. Anz. zu verk. — Der Rest bleibt 15 bis 20 Jahre à 4 u. 5½ % stehen. **Bach,** Kohleng. 1.

Gutsverkäufe.

Verkäufliche Güter jeder Größe und Bodenart in den östl. Provinzen hat im Auftrage u. ist zu spec. Auskunft gerne bereit
[3982] **Theodor Tesmer,** Langgasse 29.


2 elegante Grauschimmel, 5-jährig, 3 Zoll groß, so wie auch mehrere gute Wagen- und Reitpferde stehen zum Verkauf Langgarten 62. [3918]

Ratten, **Mäuse, Schwaben, Wanzen, Motten, Flöhe** vertilgt gründlich bei zweijähriger Garantie. Auch empfiehlt seine Präparate zur Vertilgung des Ungeziefers
[3396] **B. Miszewski,**
Kgl. priv. Kammerjäger 3. Damm 15, parterre.

Unterzeichnete empfiehlt sich dem hochgeehrten Publikum zum **Operiren der Hühneraugen,** Ballen, eingewachsenen **Nägel,** Hautschwülen, Warzen 2c. und verspricht dieselben **ohne den geringsten Schmerz und radical in kurzer Zeit zu heilen** und empfiehlt ein vorzügliches **Hühneraugen-Pflaster** à Schachtel 5 bis 10 Sgr. **Auguste Dreyling,**
Kgl. app. Hühneraugen-Operatrice,
[3810] **Tischlergasse No. 26, 2 Tr.**

Ein noch junger unverheiratheter Mann, mit den nöthigen Schulkenntnissen, durch besondere Verhältnisse veranlaßt, sucht ein Unterkommen als Aufseher 2c., ein moralischer Lebenswandel kann durch Ortsatteste bewiesen werden; ob hier oder nach auswärts, bleibt dem Stellesuchenden gleich, jedoch wird besonders auf eine humane Behandlung Rücksicht genommen. Offerten sub 3975 in der Expedition d. Ztg.

Ein junger Mann, welcher zwei Jahre in London in Geschäften gelebt hat und der englischen Sprache mächtig ist, sucht unter den solidesten Bedingungen eine Stelle als Reisebegleiter dorthin. Adressen mit einigen näheren Aufschlüssen werden bis Montag, den 16. d. Mts. unter No. 3971 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Eine erfahrene Wirthin, die bereits in Hotels oder großen Wirthschaften fungirt hat, mit dem Hauswesen wie mit der feineren Küche vertraut und bereit ist, die Hausfrau zu unterstützen, findet sofort ein Unterkommen. Gutes Gehalt und freundliche Behandlung wird zugesichert, und wollen hierauf Reflectirende, unter franco Einsendung ihrer Zeugnisse, sich melden bei
M. Goldstaudts Sohn,
[3969] Hotel-Besitzer in Löbau in Westpreußen.

Ein Instrumentenmacher-Gehilfe, der sich auf's Zusammensetzen gut versteht, findet dauernde Beschäftigung bei **C. B. Reich** in Elbing.

Eine **tüchtige Directrice** für ein Putzgeschäft findet vom 15. Juli ab nach außerhalb ein Engagement. Wo? sagt die Exped. [3879]

Die einzige Möglichkeit zusammenzutreffen ist, wenn Sie am Sonnabend, den 7. Abends, beim Eintreffen des Schnellzuges auf dem Bahnhofe sind.
[3973] **Eisenbahn-Visitenkarte.**

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.